

# COMPUTERWOCHE

NACHRICHTEN ♦ ANALYSEN ♦ TRENDS



## E-GOVERNMENT

### Schöne neue Steuer-Welt

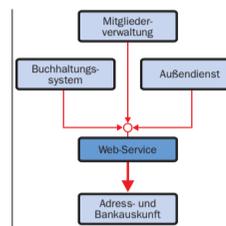
Mit der elektronischen Steuerkarte kommen gravierende Veränderungen auf die Bürger und große Herausforderungen auf die IT zu. **SEITE 6**



## WIRELESS USB

### Ende des Kabelsalats?

Mit Wireless USB können immer mehr Peripheriegeräte drahtlos angebunden werden. Die Technik soll ab 2008 den Markt erobern. **SEITE 10**



## INTEGRATION

### Was Web-Services können

Zwar sind Web-Services kein Allheilmittel für alle Integrationsprobleme, doch bei richtigem Einsatz sind die Vorteile beträchtlich. **SEITE 14**

## COMPUTERWOCHE TV



Bernd Hilgenberg, CIO der Tiernahrungskette Fressnapf

- ◆ **Der Fressnapf-Standard**  
Bernd Hilgenberg, CIO der Tiernahrungskette Fressnapf, setzt auf behutsame Standardisierung.
- ◆ **Kodak punktet mit Billigtinte**  
Der „Easy Share 5300“ behauptet sich im Test und ist günstig.

# Barriere zwischen TK und IT fällt

*IDC: Das Management von Informations- und Kommunikationstechnik wächst zusammen.*

Ein „Paradigmenwechsel“ sagt das Marktforschungsinstitut IDC voraus: Bisher behandelten IT-Anwender und -Anbieter Kommunikations- und Informationstechnik als zwei unterschiedliche Fachgebiete. In Zukunft werde aber die technische Entwicklung zu einer Verschmelzung der Ressorts führen. Zu dieser Prognose kommt IDC in der Studie „ICT: A Forced Marriage or Perfect Match Between Networks and Software“. Autor Dan Bieler



IDC-Analyst Dan Bieler: „Die Netzwerk-Infrastruktur bildet das Skelett, die IT das Nervensystem der IuK.“

zieht einen Vergleich: „Die Netzwerk-Infrastruktur bildet das Skelett, die IT das Nervensystem der IuK-Umgebung.“

In den meisten Unternehmen werde heute die Kommunikationsumgebung separat von der IT-Infrastruktur aufgebaut und gepflegt. Auch die Anbieter seien auf einen der beiden Aspekte spezialisiert.

Technische Faktoren ließen aber eine Integration erwarten. Schlagworte wie Voice over IP (VoIP), Konvergenz von Sprach- und Datenübertragung oder von mobilen und Festnetzsystemen zeigten die Richtung an. Next Generation Networks (NGNs) basierten allesamt auf dem Internet Protocol, während auf der IT-Seite mit Web 2.0 ein Trend zu Integration und flexibler Organisation manifest werde. „Die Entstehung einer IP-basierenden Netzwerk-Infrastruktur bringt die Chan-

ce einer integrierten Informations- und Kommunikationstechnik“, erklärt IDC-Analyst Bieler. Eine vereinte IuK-Technik mache ursprünglich stationär angelegte IT-Lösungen mobil. Dabei müsse ein Sicherheitsansatz für die Kommunikation und die IT gleichermaßen im Zentrum stehen. **Fortsetzung auf Seite 4**

## Maschinenbauer ja, Informatiker nein

*Computerfachleute werden in den neuen Zuwanderungsregelungen, die ab Herbst gelten sollen, nicht berücksichtigt.*

Katerstimmung und Zweckoptimismus herrschen im Bitkom vor, dem Verband der IT-Industrie. Der Grund: Die Bundesregierung hat sich auf ihrer Klausurtagung in Meseberg beim Thema Zuwanderung darauf geeinigt, den Arbeitsmarkt ab dem 1. November nur für Maschinenbau- und Elektroingenieure aus den zwölf neuen EU-Ländern zu öffnen.

Nicht auf der Liste stehen indes die Informatiker. Stephan Pfisterer, Bildungsexperte des Verbands, ist aber optimistisch, dass die Informatiker zu einem späteren Zeitpunkt in den Zuwanderungsbestimmungen berücksichtigt wer-

den. Wie aus den beiden Ministerien für Wirtschaft und für Arbeit zu erfahren ist, darf sich der Bitkom Hoffnung machen. Demnach arbeitet die Regierung an einem Gesamtkonzept, das die Einreisebedingungen für High Potentials klären soll. Um die Wirtschaft nicht zu gefährden, habe man zunächst spontane Aktionen im Bereich Maschinenbau und Elektrotechnik beschlossen. Langfristig sei an Maßnahmen wie die Einführung eines Punktesystems gedacht, wie es Kanada praktiziere, das die Zuwanderung nach Qualifikation, Sprachkenntnissen und Alter steuere. (hk)

## DIESE WOCHE



### Der Mainframe lebt

Allen Unkenrufen zum Trotz halten sich Großrechner in vielen Unternehmen wacker. Ob die Dinosaurier auch das SOA-Zeitalter überleben, ist umstritten. **Schwerpunkt SEITE 16**

### Kriminelle Windows-Nutzer

Eine Panne in Microsofts WGA-Dienst führte dazu, dass regulär erworbene Windows-Kopien als illegale Software gebrandmarkt wurden. **Nachrichten SEITE 5**

### IBM hält sich an Siemens

Um Microsoft Paroli zu bieten, will IBM Teile der Unified-Communications-Lösung „Openscape“ von Siemens in „Lotus Sametime“ integrieren. **Nachrichten SEITE 8**

### Hilft Gateway Acer?

Die Übernahme des PC-Anbieters Gateway dürfte Acer einige Probleme bringen. **Nachrichten SEITE 9**

### Comeback für E-Learning

Elektronisches Lernen erlebt im Rahmen von Blended Learning einen zweiten Frühling. **Job & Karriere SEITE 24**

## ZAHL DER WOCHE

**47 Prozent** der größeren europäischen Unternehmen bezeichnen die strategische Beschäftigung mit Mobile und Wireless Computing in diesem Jahr als Priorität. Laut Forrester Research wollen sich außerdem 40 Prozent der 202 befragten europäischen Technikentscheider um das zentrale Management mobiler Geräte und Services kümmern. Ferner denken 36 Prozent daran, ihre Telefonie zu einem mehr oder weniger großen Teil in ein IP-Netz zu verlagern. 35 Prozent planen überdies, eine Unified-Communications-Lösung zu implementieren.

## SAP kooperiert mit indischer Wipro

Die SAP AG will mit dem indischen IT-Dienstleister Wipro Softwarelösungen entwickeln und implementieren. In Bangalore soll ein gemeinsames Softwarelabor eingerichtet werden. SAP-Kunden können dort die Umsetzung Service-orientierter Architekturen (SOA) sowie Lösungen beider Unternehmen evaluieren. Vorbild ist das SAP Co-Innovation Lab im kalifornischen Palo Alto. Wipro wurde zudem von den Wall-dorfern in den Stand eines „Global Services Partners“ erhoben. (ajf)





**Umbau bei T-Systems 8**

Nachdem Telekom-Chef René Obermann die Gründung der T-Service durchgedrückt hat, will er nun T-Systems sanieren. Der Bereich Systemintegration soll in eine Partnerschaft eingebracht werden.

**NACHRICHTEN UND ANALYSEN**

**Nicht reif für SOA? 5**

Auf dem Papier sind Service-orientierte Architekturen eine feine Sache. In der Praxis zeigt sich aber, dass viele Organisationen nicht reif dafür sind.

**Grid für den kommerziellen Einsatz 5**

Das Projekt „Biz2Grid“ testet den Ernstfall.

**PRODUKTE & TECHNOLOGIEN**

**Wireless USB gegen Kabelsalat 10**

Die Nahfunktechnik könnte dem kabelgebundenen Pendant schon bald den Rang ablaufen.

**Problem Datenqualität 12**

Vor allem Desinteresse und Organisationsmängel verhindern ein systematisches Datenqualitäts-Management.

**Wie sicher ist VoIP? 13**

Bei sorgfältiger Überwachung der individuellen Sicherheitsanforderungen stellt Voice over IP keine chronische Schwachstelle dar.

**PRODUKTE & TECHNOLOGIEN**

**PRAXIS**

**Integrieren mit Web-Services 14**

Wie sich mit Hilfe von Softwarediensten Anwendungsgrenzen überwinden, externe Dienste einbinden und Server-Schnittstellen modernisieren lassen.

**Kleine Helfer 15**

**IT-STRATEGIEN**

**Warum Linux auf dem Desktop lahm 20**

Auf dem Server ist Open-Source-Software Stand der Technik. Am Arbeitsplatz verteidigt Microsoft erfolgreich sein Windows-Revier. Beispiele für Desktop-Installationen von Linux sind bislang rare Ausnahmen.

**Besserer Kundenservice 21**

Beim Homeshopping-Sender HSE 24 muss alles viel schneller gehen als bei einem x-beliebigen Händler. An das CRM-System werden hohe Anforderungen gestellt. Um sie zu erfüllen, setzt HSE24 auf SAP-Software.

**IT-SERVICES**

**Die Plattform ist der Service 22**

Salesforce.com fürchtet nicht die wachsende Konkurrenz durch SAP, Oracle und Co. Europa-Chefin Lindsey Armstrong wöhnt ihr Unternehmen aufgrund einer ausgereiften Plattform langfristig im Vorteil.

**Shared Services statt Outsourcing 23**

Einer aktuellen Erhebung zufolge wollen europäische Unternehmen die Aufgaben ihrer internen Servicezentralen eher ausbauen statt auslagern. Nur Teilbereiche werden sie einem externen Betreiber übergeben.

**JOB & KARRIERE**

**Wieder mehr Geld für E-Learning 24**

In der Weiterbildung erobert sich elektronisches Lernen einen festen Platz. Wenn Unternehmen Online-Training einsetzen, geht es vor allem um fachliche Wissensvermittlung, wie eine Untersuchung des Instituts für Medienkompetenzforschung zeigt. Soft Skills erwirbt man nicht am Computer.

**STANDARDS**

Impressum	23
Stellenmarkt	26
Zahlen – Prognosen – Trends	35
Im Heft erwähnte Hersteller	35

**SCHWERPUNKT: ZUKUNFT DES MAINFRAMES**

**Das Herz der Weltwirtschaft 16**

Vor anderthalb Jahrzehnten wurden die Großrechner totgeschrieben. Jetzt leben sie immer noch – und es gibt gute Gründe dafür. Ob das auch im SOA-Zeitalter so bleibt, ist indes fraglich.



**„Manche Dinge kann nur ein Mainframe“ 18**

Olaf Strathmann von der Wilken GmbH erklärt, warum sich Großrechner sehr wohl rechnen – wenn man etwas Geduld mit ihnen hat.

**COMPUTERWOCHE.de**

**Die Highlights der Woche**

**Karriereratgeber**

Wie macht man in der IT Karriere? Wie gelingt der Ein- und wie der Aufstieg? Antworten geben Yasmine Limberger (Foto) und Anna Simon vom IT-Consulting-Unternehmen Avanade. Die beiden Personalexpertinnen betreuen bis zum 12. September das Karriereforum auf computerwoche.de.



[www.computerwoche.de/job\\_karriere/karriere\\_ratgeber/](http://www.computerwoche.de/job_karriere/karriere_ratgeber/)

**BS 31100 Risk Management**

Nicht nur bei Humor, guter Musik und Kleidung sind die Briten Vorreiter in der EU – auch im Setzen guter, umfassender und handhabbarer Standards. Alexander Tsolkas, IT-Berater und Mitglied des Security-Expertenrats, hatte die Ehre, eine Draft-Version des BS 31100, Code of Practice for Risk Management, einzusehen.

[www.computerwoche.de/security-expertenrat/](http://www.computerwoche.de/security-expertenrat/)

**Testen Sie Ihr IT-Wissen: Speicher II**

Wie sattelfest sind Sie auf dem Themengebiet Storage? Knifflige Fragen zu Giga-, Tera- und Petabytes erwarten Sie auch im zweiten Teil des CW-Quiz Speicher.



[www.computerwoche.de](http://www.computerwoche.de)

**Warnung vor der „Wild West SOA“**

Nicht überall, wo SOA draufsteht, muss auch SOA drinstecken. Im SOA-Expertenrat erfahren Sie mehr über Fehlentwicklungen wie „Wild West SOA“, „Duplicated SOA“ oder „Shelfware SOA“.

[www.computerwoche.de/soa-expertenrat/](http://www.computerwoche.de/soa-expertenrat/)

**Executive Briefings**

Unternehmen gehen allmählich dazu über, ihre IT und dort speziell die Anwendungsentwicklung nicht mehr nur als Verbrauchsgut und Kostenstelle zu betrachten, sondern als Service für Geschäftsprozesse zu nutzen. Wie Sie diesen Übergang schaffen können, erfahren Sie in der neuesten Ausgabe der Executive Briefings.

[www.computerwoche.de/executive-briefings/](http://www.computerwoche.de/executive-briefings/)



**DER ENTSCHEIDENDE UNTERSCHIED ZWISCHEN XP UND VISTA?**

**BIS ZU 50% ERSPARNIS!**

Der entscheidende Unterschied zwischen neuer und gebrauchter Software ist der Preis. Denn mit usedSoft Lizenzen können Sie bis zu 50% einsparen, ohne dass Sie damit rechnen müssen, dass die gebrauchte Software abgenutzt ist. Interesse? [www.usedSoft.com](http://www.usedSoft.com)

**usedSoft®**

WERFEN SIE IHR GELD NICHT AUS DEM WINDOW

# MENSCHEN

## Asknet erhält neuen CEO



Zum 1. September 2007 wird Gerald Prior (Foto) neuer CEO der Karlsruher Asknet AG, einem Betreiber von Online-Shops für Softwareanbieter. Der 43-Jährige ersetzt Gerhard Rumpff, der seinen CEO-Posten aus privaten Gründen abgibt. Rumpff bleibt aber bis auf weiteres Mitglied des Vorstands. Sein Nachfolger Prior verfügt über 19 Jahre Erfahrung im Software- und Technologie-sektor. Zuletzt leitete der Diplom-Wirtschaftsmathematiker als CEO die Vertriebsaktivitäten der Entory AG. Nach der Akquisition des ehemaligen IT-Dienstleisters der Deutschen Börse durch die Soflab Group im Jahr 2005 verantwortete er die Integration von Entory in die BMW-Beratungstochter.

## Google Deutschland: Die Nr. 1 geht

Googles erster Mitarbeiter in Deutschland, Holger Meyer, zieht sich Ende des Monats zurück. Der Country Sales Manager für den Agenturbereich will sich dem Vernehmen nach mehr um seine Familie kümmern. Der ehemalige Altavista-Mitarbeiter hatte im Oktober 2001 in Hamburg das Verkaufsbüro für Deutschland, Österreich und die Schweiz gegründet. Bis ein Nachfolger gefunden ist, wird Googles Zentral- und Nordeuropachef Philipp Schindler Meyers Aufgaben mit übernehmen.

## Nokia Siemens tauscht Servicechef aus

Das Netz-Joint-Venture Nokia Siemens Networks (NSN) hat Rajeev Suri zum neuen Leiter seiner Servicesparte mit 20 000 Beschäftigten ernannt. In Hinblick auf das erwartete Wachstum des TK-Marktes in neuen Märkten und Schwellenländern soll Suri den Bereich von seinem Heimatland Indien aus leiten. Der 40-Jährige, der für NSN zuletzt das Geschäft im Asien-Pazifik-Raum verantwortete, ersetzt den früheren Siemens-Manager José Costa e Silva, der aus familiären Gründen nicht aus Deutschland wegziehen wollte.



## Craig Conway mischt überall mit

Der frühere CEO von Peoplesoft und langjährige Intimfeind von Oracle-Chef Lawrence Ellison, Craig Conway, wurde von Unisys in den Verwaltungsrat gewählt. Mit der Berufung in das Board des amerikanischen Hardware- und IT-Serviceanbieters sitzt der 52-Jährige bereits im Kontrollgremium von drei IT-Unternehmen. Nach seinem Rauswurf bei Peoplesoft und der anschließenden Übernahme des Business-Softwareanbieters durch Oracle hatte Conway im Oktober 2005 einen Posten im Verwaltungsrat von Salesforce.com übernommen. Bereits seit 2003 sitzt der Topmanager außerdem im Board von Kazeon Systems, einem Spezialisten für Information-Management-Systeme.

## Verkaufschef von AMD geht



Der weltweite Vertriebs- und Marketing-Chef von Advanced Micro Devices (AMD), Henri Richard, verlässt im September das Unternehmen – wie es heißt, auf eigenen Wunsch und im besten Einvernehmen. Der gebürtige Franzose war kurz vor dem Marktstart der Opteron-Reihe im Jahr 2002 zu AMD geholt worden. Davor leitete er unter anderem beim Softwareanbieter Webgain und bei IBMs Technology Group den weltweiten Vertrieb. Außerdem war er Chef der PC-Abteilung von Bell Microelectronics. Bis AMD einen Nachfolger für Richard gefunden hat, wird die Vertriebs- und Marketing-Gruppe nun direkt an Firmenchef Hector Ruiz berichten.

Personalmitteilungen bitte an [Menschen@Computerwoche.de](mailto:Menschen@Computerwoche.de)

Kolumne

## Lean IT – offen für Experimente

Ein kleinen Artikel mit vermutlich großer Wirkung hat kürzlich das „Wall Street Journal“ veröffentlicht. Darin geht es um die amerikanische Fluggesellschaft Virgin America, eine junge Discount-Airline, deren „Lean-IT-Strategie“ gepriesen wird. Die Botschaft: Unternehmer und Manager, lasst Euch nicht erzählen, dass eure IT-Infrastruktur so teuer sein muss. Diese Airline kommt ohne kostspielige Mainframes und Spezialsoftware aus. Sie nutzt erfolgreich billige Linux-Server sowie auf der Basis von Open-Source-Produkten entwickelte Anwendungen.



Heinrich Vaske  
Chefredakteur CW

Solche Beiträge werden auch von deutschen Vorständen aufmerksam gelesen. IT-Manager und CIOs müssen sich fragen lassen: Können wir das nicht auch? Die IT-Bosse werden dann erklären, warum das Beispiel nicht übertragbar ist, die Anforderungen des eigenen Unternehmens außergewöhnlich individuell sind und dass man sich im Benchmark doch achtbar schlage. Wer solche Ansätze ernsthaft verfolge, spiele bezüglich Stabilität und Sicherheit russisches Roulette.

Zähneknirschend werden Vorstände und Fachanwender das hinnehmen, doch das Unbehagen bleibt, und es wächst mit jedem Tag. „Muss ich mein Budget wirklich mit einem teuren Tool belasten?“, fragt sich der Abteilungsleiter. „Da gibts doch bestimmt eine billigere Lösung im Netz.“ Zigtausende Besucher von [computerwoche.de](http://computerwoche.de) lasen kürzlich unseren Artikel zu den interessantesten (überwiegend kostenlosen) Web-2.0-Tools. Online-Werkzeuge für Projekt-Management und

–Koordination waren ebenso dabei wie Collaboration-, Office-, Backup- oder Grafik-Tools. Was immer wir über OpenOffice, Linux oder Eclipse veröffentlichten – das Interesse ist gewaltig.

Natürlich dürfen Unternehmen insbesondere im Backend keinen Tool-Wildwuchs zulassen. Standardisierter und dokumentierter Werkzeugeinsatz muss hier oberste Priorität haben, ebenso ein sorgfältig ausgearbeiteter Bebauungsplan. Dieser sollte aber neben kommerziellen Produkten auch den pragmatischen Einsatz schnell

verfügbarer Open-Source-Angebote in Betracht ziehen. Die Zeiten, in denen IT-Abteilungen in aller Ruhe auf die Entwicklungen großer kommerzieller Player wie IBM, Microsoft oder SAP warten konnten, sind vorbei. Anwender erwarten schnelle Antworten. Bleiben diese aus, werden sie sich selbst helfen – und die IT-Organisation wird die Fäden aus den Händen verlieren.

Dass sich Anwender beim IT-Einsatz an gewisse Spielregeln halten müssen, ist selbstverständlich. Sie aber in einer betonierten IT-Landschaft einzusperren, um den Aufwand für Organisation und Administration gering zu halten, kann keine Lösung sein. Anwender wollen ihre Arbeit schnell und gut machen. Dazu brauchen sie billige, flexible und kompatible Lösungen – und zwar sofort. Die IT-Organisation wird Unzufriedenheit, schlechte Arbeitsergebnisse und langsame Geschäftsprozesse nur dann vermeiden können, wenn sie sich - kontrolliert – öffnet und Experimente zulässt.

## Barriere zwischen TK und IT fällt

Fortsetzung von Seite 1

Allerdings, so räumen die Marktforscher ein, stehen der prinzipiell unausweichlichen Entwicklung einige Hemmnisse entgegen. Das wichtigste ist die eingengefachliche Qualifikation der IT-Unternehmen und der Mitarbeiter auf Anwenderseite. Letztere arbeiteten in der Regel noch in engen Kompetenzsilos wie Server-, Datenbank-, Netzwerk- und End-User-Administration. Die Überwindung dieser Abschottungen bereite, so der IDC-Analyst, „ein signifikantes Potenzial für menschliche Konflikte, das die IuK-Integration behindern kann. Das wird keine leichte Aufgabe.“

### Bedeutung der CIOs wächst

Weil die Funktionsbereiche eigene Beziehungen zu Anbietern pflegen, seien die Anwenderunternehmen gefordert, „von oben“ auf eine Verschmelzung der Ressorts hinzuwirken. Dies sei eine Aufgabe von CIOs und IT-Leitern. Und der könnten sie eigentlich ohnehin nicht entgehen. Denn für Anbieter mit einem integrierten Portfolio von IT- und Kommunikationslösungen seien künftig nicht mehr einzelne Fachgebiete die idealen Ansprechpartner, sondern eine übergeordnete Ebene.

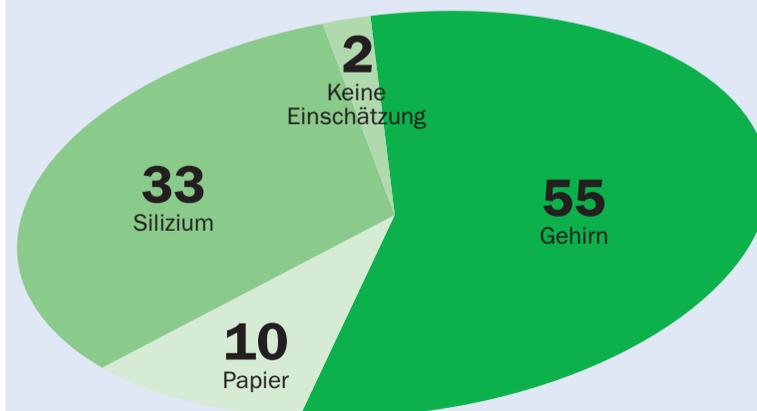
Doch auch Lösungsanbieter für das IT-Management hätten in

Sachen Sprachkommunikationstechnik bisher wenig zu bieten, und die Telcos verständen kaum etwas von den Aufgaben der IT-Administratoren. Diese Einseitigkeiten setzen sich bei ihren Vertriebspartnern fort. Bisher sei, so IDC, kein Hersteller so weit, jenseits seines Stammangebots viel mehr als Einzellösungen vorweisen zu können.

Die IDC-Analysten empfehlen den Anwendern, sie bräuchten eigentlich nur eine Frage stellen: Versteht der Anbieter wirklich etwas von den Anforderungen der Kommunikation – beziehungsweise von Softwarelösungen und Systemintegration? Die Antwort nimmt Analyst Biele gleich vorweg: „Nicht wirklich.“ (Is) ◆

## Frage der Woche

### Was ist Ihr bevorzugter Speicherort für Passwörter?



Das menschliche Gehirn liegt klar in Front, Post-it-Etiketten am Rechner oder im Geldbeutel sind die Ausnahme.

Quelle: Computerwoche.de; Angaben in Prozent; Basis: 469

# Microsoft stempelt Vista-Benutzer zu Raubkopierern

Eine Panne bei „Windows Genuine Advantage“ beeinträchtigt regulär erworbene Windows-Kopien.

Das seit seiner Einführung häufig kritisierte Programm Windows Genuine Advantage (WGA) soll Microsoft dabei helfen, illegale Kopien des Betriebssystems aufzuspüren und möglichst alle Anwender zu zwingen, Lizenzgebühren an Redmond zu entrichten. Die Software geht davon aus, dass Anwender ihr Betriebssystem unrechtmäßig erworben haben, solange nicht durch Inspektion des Systems das Gegenteil bewiesen ist. Der am Wochenende auf den WGA-Servern aufgetretene Fehler führte dazu, dass Benutzer ihre legal erstandene Windows-Kopie nicht verifizieren konnten und diese daher als Raubkopie markiert wurde.

## Vista teilweise deaktiviert

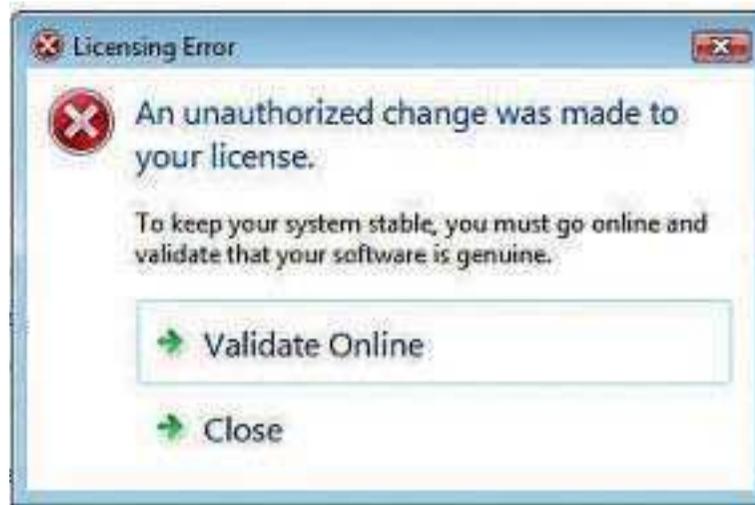
Während Windows XP den Nutzern in regelmäßigen Abständen Nachrichtenfenster präsentierte, die sie auf ihr angeblich illegales Handeln hinwiesen, mussten Vista-Anwender größere Nachteile in Kauf nehmen. Zu den neuen „Features“ des Systems gehört nämlich der „reduzierte Funktionsmodus“, in den das System dann schaltet, wenn es nicht innerhalb von 30 Tagen nach der Installation aktiviert wird oder wenn WGA es als „nicht authentisch“ einstuft. Außerdem tritt er in Kraft, wenn Hardwarekomponenten des Rechners ausgetauscht werden.

„tisch“ einstuft. Außerdem tritt er in Kraft, wenn Hardwarekomponenten des Rechners ausgetauscht werden.

## Vorteile mit Nebenwirkung

In dieser eingeschränkten Ausführungsvariante stehen nach fehlgeschlagener WGA-Überprüfung einige wichtige Subsysteme nicht zur Verfügung, unter anderem die neue Oberfläche „Aero“ oder die Cache-Funktion „ReadyBoost“. Der volle Vista-Funktionsumfang lässt sich erst wieder nutzen, wenn die Installation von WGA als „genuine“ anerkannt wird. Microsoft benötigte einen Tag, um die Störung zu beheben, so dass während dieser Zeit zahlreiche rechtmäßige Benutzer mit einem teilweise deaktivierten System zurechtkommen mussten.

Die WGA-Panne betraf alle jene Anwender, die versuchten, bestimmte Software von Microsofts Website herunterzuladen und dafür ihre Windows-Kopie überprüfen lassen mussten. Das „Advantage“ in WGA steht nämlich für angebliche Vorteile, die redlichen Kunden vorbehalten bleiben. Dazu zählt das Recht auf Zusatzsoftware wie den „Internet Explorer 7“, „Windows Defender“ und einige weitere Utilities. Allerdings handelt es sich dabei



„Reduzierter Funktionsmodus“ droht: Wenn Microsoft Lizenzmanipulation wittert, schaltet Vista mehrere Systemkomponenten ab.

weniger um Belohnungen, die extra für zahlende Kunden erfunden wurden, als vielmehr um Vergünstigungen, die vor der Einführung von WGA großteils für alle zugänglich waren und nun Raubkopierern vorenthalten werden.

## Riskante Lizenzverwaltung

Die unter Vista verschärften Konsequenzen nach fehlgeschlagenen WGA-Prüfungen setzen Anwender unter zusätzlichen Druck. Microsofts Lizenzbedingungen sind ohnehin schon kompliziert genug, und eventuelle

Fehler in der Lizenzverwaltung können dazu führen, dass Software von Redmond aus zumindest teilweise abgeschaltet wird. Gefährdet ist dabei auch der Key Management Service (KMS), mit dem sich eine große Zahl von Vista-Clients zentral freischalten lässt. Der KMS-Server kontaktiert regelmäßig Microsoft, und wenn der Hersteller Unregelmäßigkeiten in der Schlüsselverwaltung vermutet, deaktiviert er den Service.

Wie der jetzt aufgetretene Störfall im WGA-System zeigt, schützt nicht einmal große Sorgfalt beim

Lizenz-Management vor unangenehmen Folgen. Aufgrund der Logik des WGA-Systems können rechtmäßige Benutzer, die ihre Lizenzgebühren bezahlt haben, unter Verdacht geraten, wenn die Verifizierung aus technischen Gründen fehlschlägt.

## Trend zur Überlizenzierung

Kritiker finden Microsofts Vorgehen gerade bei Windows unangemessen, weil dort der Anteil von Raubkopien relativ gering ist. Aufgrund seiner Monopolstellung lässt das Unternehmen sein Betriebssystem auf praktisch allen neuen PCs vorinstallieren, so dass der Käufer neuer Hardware in den allermeisten Fällen eine gültige Windows-Lizenz besitzt.

In der Praxis kaufen viele Unternehmen sogar zwei Windows-Lizenzen pro Arbeitsplatz, weil Vista Enterprise nicht über PC-Hersteller, sondern nur über Volumenlizenzen erhältlich ist. Wenn die mit neuen Firmenrechnern üblicherweise ausgelieferte OEM-Version von „Vista Business“ nicht ausreicht, dann muss die Enterprise-Ausführung über eine Software Assurance zusätzlich erworben werden. Die im Preis für den PC enthaltenen Kosten für das OEM-Windows rechnet Microsoft dabei nicht an. (us) ◆

## Unternehmen sind nicht bereit für Service-Architekturen

Nucleus Research bemängelt das vorherrschende Silo-Denken und die kulturellen Widerstände gegen Service-orientierte Architekturen (SOA).

Das sich die Investition in eine SOA ausgezahlt habe, können nur 37 Prozent der Unternehmen bestätigen, die diesen Weg bereits gegangen sind. Das hat das Marktforschungsunternehmen Nucleus Research Inc. mit Sitz in Wellesley, Massachusetts, herausgefunden. Analyst David O'Connell führt den schwachen Return on Investment (RoI) vor allem darauf zurück, dass die SOA-Technik vorwiegend in kleinen, eng umrissenen Projekten genutzt werde, obwohl sie ihren vollen Nutzen eigentlich erst im unternehmensweiten Einsatz entwickle.

Wie Nucleus weiter mitteilt, setzen derzeit weniger als 40 Prozent der Softwareentwickler überhaupt SOA-Techniken ein, und nur 27 Prozent aller IT-Projekte haben einen SOA-Hintergrund. Diejenigen, die SOA-Werkzeuge nutzen, berichten allerdings im Durchschnitt von einem Pro-

duktivitätszuwachs um 28 Prozent.

Trotzdem ist die SOA-Technik laut O'Connell bei den Entwicklern unbeliebt: „Sie denken, es wäre cool, ein neues Stück Code hervorzubringen“, erläutert er. „Wenn sie in einer SOA-Umge-

ben oft Abteilungen, die selbst kein Geld für Technik ausgeben.

Nicht einmal drei von zehn befragten Unternehmen nutzen Werkzeuge wie Repository- und Registry-Techniken oder SOA-Kompetenzzentren, um einmal

## Registry- und Repository-Techniken haben sich noch nicht durchgesetzt.

bung entwickeln, müssen sie hingegen etwas anpassen, das jemand anderer erstellt hat. Das reißt die Entwickler nicht gerade vom Hocker.“

## Fragwürdige Kostenverteilung

Zudem verzeichnet Nucleus gewisse „kulturelle Widerstände“ gegen Investitionen in eine Service-orientierte Architektur. Der Grund: Während die IT-Abteilung die Kosten trägt, haben den Nut-

entwickelte Services leichter wieder auffindbar zu machen, weiß Nucleus. Folglich würden auch nur 32 Prozent der Services ein zweites Mal verwendet. Nach O'Connells Erfahrung sind die meisten SOA-Projekte auf funktionale Silos beschränkt. Damit die Services übergreifend nutzbar werden, empfiehlt der Analyst dringend die Investition in ein SOA-Repository oder eine ähnliche Technik. (qua) ◆

## D-Grid II forscht für kommerziellen Grid-Einsatz

Das Projekt „Biz2Grid“ soll Abrechnungs- und Preisfindungs-Mechanismen entwickeln.

Die im Januar 2003 von Einrichtungen der deutschen Wissenschaft ins Leben gerufene D-Grid-Initiative beschäftigte sich in ihrer ersten Phase mit dem Einsatz von Grid-Middleware im Umfeld der Wissenschaft und Forschung. Das nun gestartete, vom Bundesforschungsministerium geförderte und auf drei Jahre angesetzte D-Grid-II-Projekt Biz2Grid soll untersuchen, wie sich solche Grid-Infrastrukturen kommerziell vermarkten lassen können. Beteiligte sind IBM Deutschland mit seiner Grid-Software (Dynamic Infrastructure) sowie die Universität Marburg mit einem Open-Source-Pendant, die Universität Karlsruhe, die zusammen mit dem Karlsruher Forschungszentrum Informatik (FZI) eine für den kommerziellen Einsatz benötigte Zusatzkomponente entwickelt, und schließlich die BMW AG, von der zwei Applikations-szenarien gestellt werden.

Bei der betriebswirtschaftlichen Zusatzkomponente handelt es sich um einen Mechanismus für Abrechnung (Billing) und

Preisfindung (Pricing). Sie wird unter der Bezeichnung „Meet2Market Core“ als ein preisbasierender Scheduler entwickelt, dem die Aufgabe zufällt, verfügbare Grid-Ressourcen auf Serviceanfragen zu verteilen und dabei Aspekte wie die Kosten eines Grid-Angebots zu berücksichtigen. Aufgrund der Verwendung von standardisierten Kommunikationsprotokollen ist das Modul als zum Web-Service Resource Framework (WSRF) konformer Service ausgelegt, so dass es zur Basisinfrastruktur von D-Grid kompatibel ist.

## Grid-fähige Applikationen

Ferner beschäftigt sich Biz2Grid mit den technischen Fragen zur Grid-Befähigung von Applikationen, da man nicht davon ausgehen kann, dass Programme ohne jede Adaption auf einem Grid laufen. BMW wird hierfür zwei Applikationen bereitstellen, bei denen es sich voraussichtlich um Anwendungen aus den Bereichen Konstruktion und Simulation handeln soll. (ue) ◆

# Schöne neue Steuer-Welt

Die deutschen Finanzbehörden wollen bis 2011 ihre IT-Infrastruktur ausbauen und vereinheitlichen. Für Bürger und Unternehmen beginnt eine neue Zeitrechnung.

VON CW-MITARBEITER SIMON HÜLSBÖMER

Die papierene Lohnsteuerkarte und die föderale Struktur der staatlichen Finanzverwaltung gehören bald der Vergangenheit an. Alle lohnsteuerlich relevanten Personendaten und Abzugsmerkmale sollen ab 2011 zentral verwaltet und ausschließlich auf elektronischem Weg erfasst werden. Der Fiskus rechnet mit jährlichen Betriebskosteneinsparungen von 280 Millionen Euro und zusätzlich 110 Millionen Euro Mehreinnahmen. Letztere sollen vor allem durch weniger Umsatzsteuerbetrag zustande kommen. Das bundesweit einheitliche Erfassungssystem macht die Unterschlagung von Abgaben nahezu unmöglich. Geregelt werden sämtliche Maßnahmen in dem kürzlich vom Bundeskabinett beschlossenen Entwurf des neuen Paragraphen 39f des Einkommenssteuergesetzes, der noch im Laufe des Herbstes ins Parlament eingebracht und verabschiedet werden soll.

## 82 Millionen neue Nummern

Als wichtigste Grundlage für die digitale Revolution des Steuerstaates sieht der Entwurf eine lebenslang gleich bleibende elfstellige Identifikationsnummer (abgekürzt TIN für „Taxpayer Identification Number“) für jeden der 82 Millionen Bundesbürger vor. Dabei ist es egal, ob es sich um eine ledige Arbeitnehmerin, einen berufstätigen Fami-

## Hier lesen Sie ...

- ◆ welche Vorteile die geplante elektronische Steuerkarte bringt;
- ◆ warum Unternehmen von zentralisierten Datenbeständen profitieren;
- ◆ weshalb Datenschützer vor einem Überwachungsstaat warnen.

lienvater, einen Hartz-IV-Empfänger, eine Rentnerin oder einen Säugling handelt. Die Kennziffer soll ab dem 1. Januar 2008 die bisherige Steuernummer ersetzen und aus erbschaftssteuerrechtlichen Gründen erst 20 Jahre nach dem Tod gelöscht werden. Freiberuflich Tätige und Gewerbetreibende erhalten wegen ihrer doppelten Steuerpflicht weiterhin zwei voneinander getrennte Identifikationsnummern. Das Bundeszentralamt für Steuern (BZSt) in Bonn administriert alle erfassten Informationen in

Mit Hilfe der Elster-Software übertragen immer mehr Bürger steuerliche Dokumente wie Einkommenssteuererklärung oder Umsatzsteuervoranmeldung auf elektronischem Weg an das Finanzamt. Der digitalisierte Fiskus soll in den kommenden Jahren weiter ausgebaut werden.

einer neuen zentralen Datenbank, in der die bislang dezentral verwalteten Bestände aus etwa 5300 Meldestellen zusammengeführt werden. Die Datei soll bis Ende 2009 fertig gestellt sein. Einige Behörden und Unternehmen werden das System im Jahr 2010 in der Praxis testen. Sowohl große Konzerne als auch mittelständische Unternehmen können sich für die Teilnahme an diesem Vorlauf bewerben. Das Finanzministerium wählt die Tester so aus, dass sich ein repräsentatives Abbild des Marktes ergibt. Ab dem 1. Januar 2011 ist das Verfahren schließlich bundesweit verbindlich. Bis dahin erhält jeder Steuerzahler 2009 und 2010 weiterhin eine papierene Lohnsteuerkarte – mit dem Unterschied, dass er zusätzlich auch seine neue Nummer auf der Karte vorfinden wird.

## Ein langer Weg geht zu Ende

Der lange Weg zum digitalen Steuerstaat begann 1992, als sich die Bundesländer mit Beteiligung des Bundes auf die Entwicklung einer einheitlichen Software für die Steuerverwaltung einigten. Das Fiskus-Projekt scheiterte aber an dem fehlenden fachlichen Know-how der beteiligten Entwickler und an den föderalistischen Strukturen im Land. Vor zwei Jahren beschloss die Finanz-

ministerkonferenz die Auflösung der eigens gegründeten Entwicklungsfirma Fiskus GmbH, die dann 2006 abgewickelt wurde. Seitdem setzen die Behörden ihre Hoffnung in das Nachfolgeprojekt „Konsens“ (Koordinierte neue Softwareentwicklung der Steuerverwaltung), das von Bayern, Baden-Württemberg, Hessen, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen vorangetrieben wird. 46 Millionen Euro zuzüglich drei Millionen Euro erfolgsabhängigen Zuschuss lässt sich der Bund das Projekt jährlich kosten.

rend des Fiskus-Projekts umgesetzt werden konnten. Elster wird seitdem in der öffentlichen Verwaltung, seit 2005 verpflichtend in der Industrie und immer häufiger auch von einzelnen Steuerzahlern eingesetzt.

## Elster ist etabliert

Einziges Manko: Die klassische Lohnsteuerkarte in Papierform muss dem Finanzamt weiterhin als Beleg eingereicht werden. Mit der Einführung der elektronischen Karte würde dieser Schritt wegfallen und vielen Steuer-

## Der Startschuss für die zentrale Steuerdatei ist gefallen.

Nach erfolgreicher Entwicklung der einzelnen Bestandteile (darunter das bundeseinheitliche Steuererhebungsverfahren „Biene“ und der elektronische Einkommensnachweis „Elena“) sollen die fünf involvierten Bundesländer die fertigen Verfahren auch den restlichen elf zur Verfügung stellen.

Für die im Rahmen von Konsens ebenfalls weiterentwickelte elektronische Steuererklärung (Elster) ist die Arbeit nahezu abgeschlossen, da ihre entscheidenden Bestandteile bereits wäh-

zahlern Arbeit erspart: Schon für das Jahr 2007 rechnet der Bund nach jüngsten Hochrechnungen mit fast sieben Millionen elektronisch versendeten Einkommenssteuer-Erklärungen. Das entspricht über zwei Millionen digitalen Übermittlungen mehr als noch 2006. Die Finanzverwaltungen von Bayern und Nordrhein-Westfalen koordinieren das Elster-Projekt. Nordrhein-Westfalen ist es auch, das sich im Rahmen von Konsens um die Entwicklung der zentralen Steuerdatei kümmert.

Der Startschuss dafür fiel bereits lange vor dem Kabinettsbeschluss. Zunächst fand eine umfangreiche Marktanalyse zur Ermittlung der benötigten Programmbestandteile statt. Nachdem die gesetzliche Absicherung in erster Instanz erfolgt ist, können die Behörden ihre Planungen und Programmierarbeiten nun konkretisieren.

## Nicht alle Daten für jeden

Die zentrale Steuerdatei soll auf Basis von autorisierungspflichtigen Abfragen funktionieren. Lediglich das BZSt bekommt den Vollzugriff auf die gespeicherten Daten. Wollen das Finanzamt, die Kommune oder der Arbeitgeber Auskunft, müssen sie einen Antrag auf Datenerhalt bei der Finanzverwaltung des jeweiligen Bundeslandes stellen. Diese Behörde hält neben persönlichen Informationen über den Steuerzahler (Steuernummer, Name, Anschrift, Geburtsdatum) nur die steuerabzugsrelevanten Sätze wie Freibeträge, Kinderzahl und Religionszugehörigkeit aus der Bonner Datenbank vorrätig, die vom Bürger zur Auskunftserteilung freigegeben wurden. Das System prüft daraufhin, ob der Anfragende das Recht besitzt, auf die Daten zuzugreifen, und welche Auskünfte er genau bekommen darf. Für Unternehmen sind das außer den Basisdaten stets nur die freigegebenen Informationen. Benötigt der Arbeitgeber weitere Daten, hat er sich direkt an den Arbeitnehmer zu wenden. Obwohl dieser so eine gewisse Kontrollfunktion innehat, könnten die monatlichen Abgaben im ungünstigen Fall falsch berechnet werden, wenn dem Arbeitgeber nicht alle Lohnsteuerabzugsmerkmale bekannt sind.

## Unternehmen profitieren

Nur Sozialleistungsträger und Strafverfolgungsbehörden erhalten im Zuge von gesetzlich vorgeschriebenen Auskunftspflichten des BZSt Vollzugriff auf die in Bonn erfassten Daten. Aber auch diese Übermittlungen finden zunächst nur auf Antrag statt. Ein direkter Online-Zugriff auf die Datenbestände durch Einrichtungen von Bund und Ländern ist bislang nicht vorgesehen, kann nach COMPUTERWOCHE-Informationen aus dem Bundesfinanzministerium für die Zukunft aber nicht ausgeschlossen werden.

Wenn ab 2011 die Lohnsteuerkarte in Papierform bundesweit durch die elektronische Variante abgelöst wird, haben die Personalabteilungen in deutschen Unternehmen einen Klotz weniger

am Bein: das Einsammeln, handschriftliche Ausfüllen und Zurückgeben Hunderter bis Tausender Lohnsteuerkarten. Die Übermittlung der Brutto- und Nettoverdienste der Arbeitnehmer durch die Arbeitgeber an die Finanzbehörden erfolgt schon seit längerem verpflichtend elektronisch. Deshalb ist die digitale Datenbeschaffung und -rückgabe an die Beschäftigten ein logischer Schritt: Einmal in die bundesweite Datenbank eingetippt, sind nur noch Änderungen vorzunehmen.

#### Elena spart noch mehr

Entlastung in den HR-Abteilungen ist in besonderer Weise auch durch den geplanten elektronischen Einkommensnachweis (Elena) zu erwarten. Ihn will die große Koalition als Teil des Konsens-Projekts ebenfalls noch in diesem Jahr auf den Weg bringen. Elena war bereits 2002 durch die rot-grüne Regierung unter dem Arbeitstitel „Jobcard“ angestoßen worden. Datenschutzrechtliche Bedenken und ungeklärte Zuständigkeiten verhinderten aber eine schnelle Realisierung. Ende Februar 2007 scheiterte ein Kabinettsbeschluss zu Elena erneut an Detailfragen. Der elektronische Einkommensnachweis beträfe nicht alle Steuerzahler – wohl aber die, die staatliche Sozialleistungen wie Kinder-, Arbeitslosen- oder Wohn-

geld empfangen. Weil sie aber einen beträchtlichen Anteil der Arbeitnehmer ausmachen, ist auch Elena für Unternehmen als Arbeitserleichterung interessant. 60 Millionen Einkommensnachweise stellen die Firmen pro Jahr aus, einen dreistelligen Millionenbetrag könnte die Industrie nach Schätzungen der Bundes-

### Datenschützer warnen vor staatlicher Sammelwut.

regierung mit einer einheitlichen Datenbank, aus der heraus die Informationen zum Einkommen nur noch abgerufen werden müssten, jährlich einsparen.

#### Rechtsstaat in Gefahr?

Diese zentrale Speicherstelle würde nach einem ähnlichen Prinzip wie die Bonner Lohnsteuerdatei funktionieren und von den Personalverantwortlichen mit den nötigen Einkommensdaten gefüttert werden. Sozialbehörden und Gerichte könnten die Zahlen jederzeit abrufen, Unternehmen wären in den Prozess nicht involviert.

Die Regierungspläne bringen trotz aller Vorteile für Staat und Unternehmen beträchtliche

Nachteile mit sich. Datenschützer bemängeln besonders, dass zentrale Datenbanken immer auch Begehrlichkeiten staatlicher Institutionen wecken können, für die sie zunächst gar nicht vorgesehen waren. Als Vergleichsbeispiel nennt der Bundesdatenschutzbeauftragte Peter Schaar die Mautdaten, die zukünftig auch in der Strafverfolgung eingesetzt werden sollen, oder den zur Terrorismusbekämpfung eingerichteten Kontendatenabruf, der mittlerweile auch den Finanzämtern offensteht. Schaar fordert eine Grundsatzdiskussion über das neue Jahressteuergesetz und die Abkoppelung der Regelung zur elektronischen Lohnsteuerkarte von den übrigen weniger datenschutzrelevanten Inhalten des Gesetzesentwurfs. Darunter befinden sich unter anderem Änderungen in der Lohnsteuerklasse V und Verfahrensvereinfachungen bei den Rentenbezugsmitteilungen. ◆

### Mehr zum Thema

[www.computerwoche.de/](http://www.computerwoche.de/)

**589346:** Elster Online –

Qualität statt Gimmicks;

**587948:** Demokratie in

Gefahr;

**569701:** Wann Entwickler als

Freiberufler gelten.

## Eine Frage der Verhältnismäßigkeit

Der Datenschutzrechtler Professor Dr. Alfred Büllsbach äußert sich im Gespräch mit der COMPUTERWOCHE sehr kritisch über die geplanten Gesetzesänderungen.

Auch wenn die Modernisierung der behördlichen Finanzverwaltung begrüßenswert sei, gehe der Weg, wie die Datenerfassung umgesetzt werden soll, in die falsche Richtung. Durch den automatisierten

Prozess habe der Steuerpflichtige keine Kontrolle mehr darüber, was mit seinen Daten geschehe, bemängelt Büllsbach.

„Bekämpfung von Steuerbetrug ist nicht alles, entscheidend ist die Frage nach der Verhältnismäßigkeit“, so der Datenschutzrechtler. „Ich kann nicht wegen zwei Prozent Steuerbetrüglern in Deutschland 100 Prozent der Bevölkerung überwachen.“

Die weiteren Folgen solcher zentralen Datenbestände, die in den vergangenen Jahren eklatant gewachsen seien, ließen sich noch nicht absehen. Besonders die zukünftig stark vereinfachte Möglichkeit der Verknüpfung mehrerer Datenbanken auch über Landesgrenzen hinweg sieht Büllsbach sehr kritisch. Nicht alles sei mit der größtenteils fiktiven täglichen Terrorgefahr zu rechtfertigen. Die meisten

Gesetzesentwürfe fänden ihren Weg in den Bundestag nur deshalb, weil der Großteil der Bevölkerung zu wenig über die Gefahren der staatlichen Sammelwut informiert sei und auch keinen entscheidenden Einfluss auf die Entscheidungsträger nehmen könne.

„Der Bürger muss wissen, was mit seinen Daten geschieht.“ Der

Datenschutzrechtler sieht die Zukunft in einer wesentlich differenzierteren Modernisierung der Finanzverwaltungssysteme in Deutschland. Er plädiert für verteilte Datenbanken mit regional unterschiedlichen Inhalten, die weiterhin strengen Zugriffskontrollen unterliegen müssten und dem Steuerzahler wie bisher die bestmögliche Kontrolle über seine Daten

garantieren würden. „Der Bürger muss immer und zu jeder Zeit wissen, was mit seinen Daten geschieht“, fordert der Wissenschaftler.

**Büllsbachs Fazit:** Den Missbrauch könne man zwar nie vollständig ausschließen, mit etwas mehr Sensibilität und Sachverstand sei eine Runderneuerung der bundesweiten Steuer- und Finanzverwaltung im Sinne des Datenschutzes und der freiheitlich-demokratischen Grundordnung aber durchaus machbar.



**Datenschutzrechtler Alfred Büllsbach**

## IDC's 2. SOA Conference 2007

**IDC**  
Analyze the Future

# Evolution der Services in vollem Gange

**Donnerstag, 27. September**  
**Hotel Hilton, Frankfurt am Main**

**Keine Teilnahmegebühr für IT- und Prozess-Entscheider aus Anwenderunternehmen**

**Anmeldung und Informationen:**  
IDC Central Europe GmbH  
Teja Rasica • T: +49 (0)69-90502-104  
E: [trasica@idc.com](mailto:trasica@idc.com) • [www.idc.de](http://www.idc.de)

### Kernthemen dieser Veranstaltung:

- Für welche Unternehmen & Institutionen ist SOA wirklich relevant?
- Auf welchen Standards baut SOA auf?
- Business und IT-Alignment
- Unternehmensanforderungen vs. SOA-Angebote und relevante Technologien
- Praxisorientierte Nutzungsszenarien von SOA - worauf gilt es zu achten?
- Modelle zur Einführung und Implementierung von SOA
- Applikationsintegration, Orchestrierung & Management von Services
- Legacy Modernization & Integration durch SOA
- SOA Governance - Best Practices
- Fallbeispiele für SOA Pilotprojekte

Sponsoren:

Mediapartner:

